**SPD: Mit der GroKo schaffen sie neue Öffnungszeiten bei den Tafelläden**

**Forum Langenargen. Bodenseekreis. (PeG) 05. März 2018**

In den letzten zwei Jahren haben wir nur gute Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung im Bodenseekreis gemacht. Die blaue Plastikkarte versenkt. Einen Erkenntnisgewinn, dass von den etablierten Parteien nichts zu erwarten ist und es wirklich keinen Sinn macht, ihnen auf den Leim zu gehen. Dass es besser ist die Bürgerinitiative Mooser Weg und den NABU zu unterstützen. Es ist wichtig, Lebensstätten für Pflanzen und bedeutende Erholungsräume in der Nachbarschaft zu erhalten. Was erwartet uns in der Zukunft? Höhere Preise für den öffentlichen Nahverkehr, bei noch weniger Plätzen? Weil das Geld, das als Zuschuss für den ÖPNV gedacht ist, für die Entlastung der Gemeindekasse und die DBT gebraucht wird. Schon heute müssen sich viele Menschen einen Verwandtenbesuch im Krankenhaus oder den Arztbesuch praktisch „vom Munde ab sparen“. Die Zahl der Aufstocker, sowie die Zahl der Rentner mit Grundrente steigt und es bleiben nur Brotkrumen für das Volk. Im Bodenseekreis ist die ehrenamtliche Lebensleistung besonders hoch. Das wird bei den sog. Anerkennungsjahren, man meint (35 Beitragsjahre), nicht berücksichtigt. Oder kann jemand von sich sagen, dass er für die Jahre bei der freiwilligen Feuerwehr auch nur einen Euro mehr Rente bekommt? Vielfach findet sich inzwischen ein „a“ als Vorsatz vor den drei Buchstaben SPD, für asozial. Also aSPD und das ist auch berechtigt. Die aSPD schafft keinen Beitrag für sozial Benachteiligte. Im Gegenteil, bezüglich Verschwendungssucht steht sie unbedingt hinter dem CDU Landrat und der DBT (Deutschen Bodensee Tourismus GmbH). Wie sollen Alleinerziehende oder Eltern zuverlässig einer Berufstätigkeit nachgehen oder gar einen Zweitjob ausüben, wenn es schon an einem zuverlässigen ÖPNV fehlt oder die Ganztagsbetreuung lückenhaft ist? Wenn mehr Schulstunden ausfallen als tatsächlich stattfinden? So dass immer mehr Nachhilfestunden nötig werden. Ich mag auch nicht verschweigen, dass angebotenes Schulessen vermutlich mit ausgewogener Ernährung nicht das Geringste zu tun hat. Es scheint, dass Tiefkühlprodukte aus fernen Ländern herangeschafft und erhitzt werden. Später wundern sich Schulleiter, dass ein Großteil in der PIGFIT Tonne landet und als Strom, ausreichend für 220 Haushalte, endet. Welche sozialen Großtaten der aSPD erwarten uns denn künftig? Der Anspruch auf Teilzeitarbeit wird aufgeweicht und erschwert. Das Kindergeld soll um 25 Euro erhöht werden. Bestimmt erst wieder zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Es wird für Leistungsbezieher dann immer noch angerechnet und bringt keine Verbesserung um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen. Der Kinderzuschlag soll um 10 Euro erhöht werden und reicht nicht einmal um Fahrpreiserhöhungen aufzufangen. Bildung und Teilhabe müssen weiter zusätzlich beantragt werden. Die gesetzliche Krankenversicherung soll wieder solidarisch werden und hat steigende Beiträge zur Folge. Wollte die GroKo einer Verfassungsbeschwerde vorbeugen? Die GroKo will „Alles für die EU geben“ - pauschal und ohne Kostenkontrolle. Die „Bürgerarbeit“ verspricht eine Leistung zur Eingliederung. Damit sollen Sozialberatung, Sozialfirmen und Ein-Euro-Jobs für 150.000 langzeitarbeitslose ALG II Empfänger gefördert werden. Das bedeutet wohl nur, dass mit dem von der Arbeitsagentur zugewiesene Personal mehr Menschen in den Tafelläden, dann im Schichtbetrieb bereitstehen und Aufstocker vor Arbeitsbeginn ab 5:45 Uhr sowie alle anderen bis abends um 21:00 Uhr bedient werden können. Wer war doch gleich Urvater neudeutscher, sozialer Kälte und Vater der Tafelläden? Gerhard Schröder (SPD).